

Das Landesentwicklungsprogramm (LEP IV) ist in Kapitel 5.2 Energieversorgung im Leitbild und in Nr. 5.2.1 wie folgt geändert worden:<sup>1</sup>

### **„5.2 Energieversorgung Leitbild »Nachhaltige Energieversorgung«**

Eine sichere, kostengünstige, umweltverträgliche und ressourcenschonende Energieversorgung ist die Voraussetzung für die zukünftige Entwicklung des Standortes Rheinland-Pfalz. Krisensichere Strom- und Gastransportnetze und ein hohes Maß an Versorgungssicherheit mit einem möglichst hohen Anteil heimischer Energieträger bilden hierfür die Voraussetzung. Neben der Energieeinsparung und einer rationellen und energieeffizienten Energieverwendung bilden der weitere Ausbau erneuerbarer Energien und die Stärkung der eigenen Energieversorgung die vier wichtigen Pfeiler der rheinland-pfälzischen Energiepolitik. Der Ausbau der erneuerbaren Energien unterstützt die Bemühungen, nationale und internationale Energie- und Klimaschutzziele umzusetzen, und hat den Vorteil einer sicheren und dauerhaften Verfügbarkeit. Fossile Energieträger stehen nur in begrenztem Umfang zur Verfügung, und ihre Nutzung bedeutet eine erhebliche Belastung für die Umwelt.

Die Landesregierung hält weiterhin am Ausstieg aus der Atomenergie fest, wirkt auf den anschließenden Ausstieg aus der Kohlekraft hin und bekennt sich auch weiterhin zur Energiewende. Erneuerbare Energieträger haben große Potenziale, die in den Teilräumen des Landes unterschiedliche Bedeutung haben. Die vorhandenen Potenziale in den Bereichen Wind-, Wasser-, Solarenergie und Geothermie sowie Biomasse sind planerisch zu sichern. Die raumordnerische Sicherung von Flächen für erneuerbare Energien sowie die Aufstellung und Unterstützung durch regionale Energieversorgungskonzepte gewinnen an Bedeutung. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Gesamtenergieversorgung ist daher im Strom- und insbesondere im Wärmebereich weiter auszubauen, auch um die Abhängigkeit von Energieimporten zu minimieren. Rheinland-Pfalz steht hinter den Zielsetzungen der EU, die CO<sub>2</sub>-Emissionen deutlich zu reduzieren. Rheinland-Pfalz hat mit dem Landesklimaschutzgesetz (LKSG) vom 19. August 2014 die rechtliche Grundlage dafür geschaffen, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Die Gesetzesziele zur Minderung belaufen sich auf 40 Prozent bis zum Jahr 2020 und die Erreichung der Klimaneutralität, mindestens jedoch 90 Prozent Minderung der Treibhausgasemissionen bis 2050 (Basisjahr 1990). Diese ambitionierten Ziele fügen sich in den nationalen und europäischen (mindestens 40 Prozent bis 2020) Kontext ein und flankieren die Ziele des Weltklimaabkommens von Paris, die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen, wobei ein Temperaturanstieg von höchstens 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau angestrebt wird. Zusätzlich sollen dem Abkommen entsprechend in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts anthropogene Emissionen von Treibhausgasen neutralisiert werden, u. a. durch natürliche CO<sub>2</sub>-Senken wie etwa Wälder.

---

<sup>1</sup>Auszug aus: Landesverordnung über das Landesentwicklungsprogramm vom 14. Oktober 2008 (GVBl. S. 285), Erste Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung über das Landesentwicklungsprogramm vom 26. April 2013 (GVBl. S. 66) und Dritte Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung über das Landesentwicklungsprogramm vom 19. Dezember 2019 (GVBl. S. 359).

Energieeinsparung und Energieeffizienz sind zunehmend auch wichtige raumordnerische Handlungsfelder. Raum- und Siedlungsstruktur beeinflussen die Verkehrsleistung und damit auch den Energieverbrauch. Gleiches gilt für die Siedlungsdichte. Eine integrierte Siedlungs- und Verkehrsplanung und eine Verringerung der Flächenneuanspruchnahme für Wohnbauzwecke, verbunden mit qualitativem verdichtetem Bauen im Bestand, tragen maßgeblich dazu bei, den Energieverbrauch zu reduzieren.

Die Energieversorgung in den Regionen ist mittel- und langfristig durch den Ausbau der Wärme- und Stromerzeugung zu sichern und so zu entwickeln, dass die Regionen im Hinblick auf Kyoto- und EU-Vorgaben sowie vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ihre Standortvorteile verbessern. Die Bedürfnisse zukünftiger Generationen sind im Sinne des Nachhaltigkeitsprinzips zu berücksichtigen.

Die Energieversorger stellen die Verlässlichkeit der Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft mit den leitungsgebundenen Energieträgern Strom und Erdgas auf im internationalen Vergleich hohem Niveau sicher. Das gut ausgebaute Netz der leitungsgebundenen Energieträger Strom und Gas ist auch zukünftig vorzuhalten, instand zu halten und bedarfsgerecht aus- bzw. rückzubauen, soweit dies aus energiepolitischen, wirtschaftlichen, demografischen und Umweltgesichtspunkten sinnvoll ist. Die Leitungsnetze sind aufgrund ihrer Versorgungsfunktion von überörtlicher Bedeutung. Leitungsnetze sollen durch die Energieversorger so vorgehalten werden, dass die Einspeisung dezentraler erneuerbarer Energien gemäß EEG auch zukünftig sichergestellt ist. Technisch nicht mehr benötigte Leitungen sollen zeitnah zurückgebaut werden.

## 5.2.1 Erneuerbare Energien

### Ziele und Grundsätze

#### G 161

Die Nutzung erneuerbarer Energieträger soll an geeigneten Standorten ermöglicht und im Sinne der europäischen, bundes- und landesweiten Zielvorgaben ausgebaut werden. Die Träger der Regionalplanung sollen im Rahmen ihrer Moderations-, Koordinations- und Entwicklungsfunktion darauf hinwirken, dass unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten die Voraussetzungen für den weiteren Ausbau von erneuerbaren Energien geschaffen werden.

#### Z 162

Die Regionalplanung trifft auf der Basis handlungsorientierter Energiekonzepte Festlegungen zur räumlichen Nutzung erneuerbarer Energien, zur Energieeinsparung und zur effizienten und rationellen Energienutzung. Dabei ist orts- bzw. regionspezifischen Besonderheiten Rechnung zu tragen.

#### G 162 a

Die Verbandsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden, großen kreisangehörigen und kreisfreien Städte sollen Klimaschutzkonzepte aufstellen. Dabei soll auch der Einsatz von effizienten Nahwärmenetzen wie z. B. kompakte Mikronetze auf der Basis erneuerbarer Energiequellen und hier insbesondere die Absicherung auf kommunaler Ebene geprüft werden.

#### G 163

Ein geordneter Ausbau der Windenergienutzung soll durch die Regionalplanung und die Bauleitplanung sichergestellt werden.

#### G 163 a

Um einen substanziellen Beitrag zur Stromerzeugung zu ermöglichen, sollen zwei Prozent der Fläche des Landes Rheinland-Pfalz für die Windenergienutzung bereitgestellt werden. Die Regionen des Landes leisten hierzu entsprechend ihrer natürlichen Voraussetzungen einen anteiligen Beitrag.

#### Z 163 b

In den Regionalplänen sind Vorranggebiete für die Windenergienutzung auszuweisen. Dabei sind im jeweiligen Planungsraum die Gebiete mit hoher Windhöffigkeit vorrangig zu sichern.

#### G 163 c

Landesweit sollen auch zwei Prozent der Fläche des Waldes für die Nutzung durch die Windenergie zur Verfügung gestellt werden. Die Regionen des Landes leisten hierzu entsprechend ihrer natürlichen Voraussetzungen einen anteiligen Beitrag.

**Z 163 d**

Die Errichtung von Windenergieanlagen ist in rechtsverbindlich festgesetzten Naturschutzgebieten, in als Naturschutzgebiet vorgesehenen Gebieten, für die nach § 22 Abs. 3 Bundesnaturschutzgesetz in Verbindung mit § 12 Abs. 4 Landesnaturschutzgesetz eine einstweilige Sicherstellung erfolgt ist, in dem Naturpark Pfälzerwald im Sinne des § 3 Abs. 2 der Landesverordnung über den „Naturpark Pfälzerwald“ als deutscher Teil des Biosphärenreservats Pfälzerwald-Nordvogesen, in Nationalparks, in den Kernzonen der Naturparke sowie in den Kernzonen und Rahmenbereichen der UNESCO-Welterbegebiete Oberes Mittelrheintal und Obergermanisch-Raetischer Limes ausgeschlossen. Die verbindliche Abgrenzung der Kernzonen und Rahmenbereiche der vorgenannten UNESCO-Welterbegebiete ergibt sich aus den Karten 20 a und 20 b. In den landesweit bedeutsamen historischen Kulturlandschaften ist die Windenergienutzung auf den Flächen der Bewertungsstufen 1 und 2 ausgeschlossen. Die verbindliche Abgrenzung ergibt sich aus der Karte 20 und der Tabelle zu der Karte 20. Darüber hinaus entscheiden die regionalen Planungsgemeinschaften, ob oder in welchem Umfang in den landesweit bedeutsamen historischen Kulturlandschaften in Gebieten der Bewertungsstufe 3 die Nutzung der Windenergie ebenfalls auszuschließen ist. In Vorranggebieten für andere Nutzungen oder in sonstigen Schutzgebieten mit Zielcharakter ist die Errichtung von Windenergieanlagen zulässig, wenn die Windenergienutzung mit dem Schutzzweck vereinbar ist. Die Windenergienutzung ist in Natura 2000-Gebieten, für die nach dem „Naturschutzfachlichen Rahmen zum Ausbau der Windenergienutzung in Rheinland-Pfalz“, erstellt von der Staatlichen Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland und dem Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz, ein sehr hohes Konfliktpotential besteht, ausgeschlossen. Die verbindliche Abgrenzung ergibt sich aus der Karte 20 c und der Tabelle zu der Karte 20 c. Darüber hinaus stehen FFH- und Vogelschutzgebiete einer Ausweisung von Windenergiestandorten nur dann entgegen, wenn die Windenergienutzung zu einer erheblichen Beeinträchtigung des jeweiligen Schutzzweckes führen und eine Ausnahme nicht erteilt werden kann. In Gebieten mit zusammenhängendem Laubholzbestand mit einem Alter über 120 Jahren sowie in Wasserschutzgebieten der Zone I ist die Windenergienutzung ausgeschlossen.

**Z 163 e**

Die außerhalb der vorgenannten Gebiete und der Vorranggebiete liegenden Räume sind der Steuerung durch die Bauleitplanung in Form von Konzentrationsflächen vorbehalten. Dabei sind im jeweiligen Planungsraum Gebiete mit hoher Windhöffigkeit vorrangig zu sichern.

**G 163 f**

Durch die Ausweisung von Vorranggebieten und Konzentrationsflächen soll eine Bündelung der Netzinfrastruktur erreicht werden.



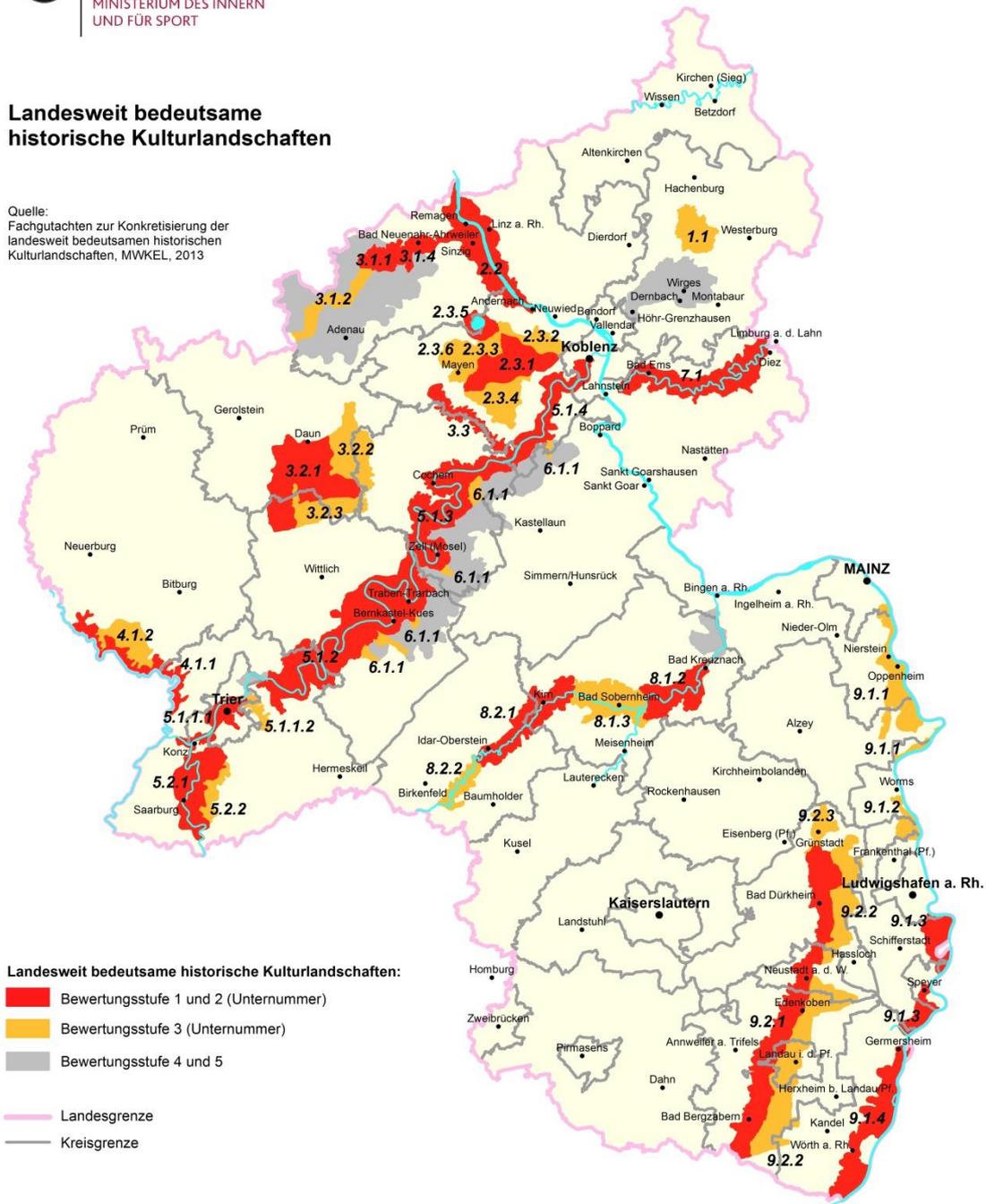
Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM DES INNERN  
UND FÜR SPORT

Karte 20

**Landesweit bedeutsame historische Kulturlandschaften**

Quelle:  
Fachgutachten zur Konkretisierung der  
landesweit bedeutsamen historischen  
Kulturlandschaften, MWKEL, 2013



- Oberste Landesplanungsbehörde -

Kartographie: S. Hesse, 1606\_01

**Tabelle zu Karte 20:****Landesweit bedeutsame historische Kulturlandschaften**

Bewertungsstufen 1 bis 3

Quelle:

Fachgutachten zur Konkretisierung der landesweit bedeutsamen historischen Kulturlandschaften, MWKEL, 2013

Stufe	Nummer	Name	Unternummer	Untereinheit
1	3.1	Ahrtal	3.1.1	Ahrental
1	5.1	Moseltal	5.1.2	Moselschlingen der Mittelmosel
1	5.1	Moseltal	5.1.3	Cochemer Moseltal
1	5.1	Moseltal	5.1.4	Unteres Moseltal
1	7.1	Unteres Lahntal	7.1	Unteres Lahntal
1	8.1	Unteres Nahetal	8.1.2	Nahe-Felsental
1	9.2	Haardtrand	9.2.1	Haardtrand
2	2.2	Unteres Mittelrheintal	2.2	Unteres Mittelrheintal
2	2.3	Pellenz-Maifeld	2.3.1	Pellenzvulkane, Pellenzhöhe, Karmelenberghöhe
2	2.3	Pellenz-Maifeld	2.3.5	Laacher See
2	3.1	Ahrtal	3.1.4	Ahrmündungstal
2	3.2	Vulkaneifel	3.2.1	Dauner Maargebiet und Vulkanberge
2	3.3	Elztal	3.3	Elztal
2	4.1	Bitburger Gutland/ Ferschweiler Plateau	4.1.1	Our- und Sauertal
2	5.1	Moseltal	5.1.1.1	Trierer Moseltal
2	5.2	Saartal	5.2.1	Unteres Saartal
2	8.2	Oberes Nahetal	8.2.1	Kirner Nahetal
2	9.1	Obererrheintal	9.1.3	Speyerer Rheinniederung
2	9.1	Obererrheintal	9.1.4	Maxauer Rheinniederung
3	1.1	Hoher Westerwald (Dreifelder Weihergebiet)	1.1	Hoher Westerwald (Dreifelder Weihergebiet)
3	2.3	Pellenz-Maifeld	2.3.2	Andernacher Terrassenhügel
3	2.3	Pellenz-Maifeld	2.3.3	Pellenzsenke, Mayen
3	2.3	Pellenz-Maifeld	2.3.4	Maifeld
3	2.3	Pellenz-Maifeld	2.3.6	Ettringer Vulkankuppen
3	3.1	Ahrtal	3.1.2	Dümpelfelder Ahrtal
3	3.2	Vulkaneifel	3.2.2	Ueßbachbergland
3	3.2	Vulkaneifel	3.2.3	Lieser Tal
3	4.1	Bitburger Gutland/ Ferschweiler Plateau	4.1.2	Ferschweiler Plateau, Prümmland
3	5.1	Moseltal	5.1.1.2	Ruwertal
3	5.2	Saartal	5.2.2	Wiltinger Hunsrückrand
3	6.1	Moselhunsrück	6.1.1	Kerbtäler Moselhunsrück
3	8.1	Unteres Nahetal	8.1.3	Sobernheimer Talweitung
3	8.2	Oberes Nahetal	8.2.2	Oberes Naheengtal
3	9.1	Obererrheintal	9.1.1	Oppenheimer Rheinniederung
3	9.1	Obererrheintal	9.1.2	Wormser Rheinniederung
3	9.2	Haardtrand	9.2.2	Hügelland der Haardt
3	9.2	Haardtrand	9.2.3	Nördliche Weinstraße

# LESEFASSUNG Mdl

## LEP IV Kap. Erneuerbare Energien nach Dritter Teilfortschreibung

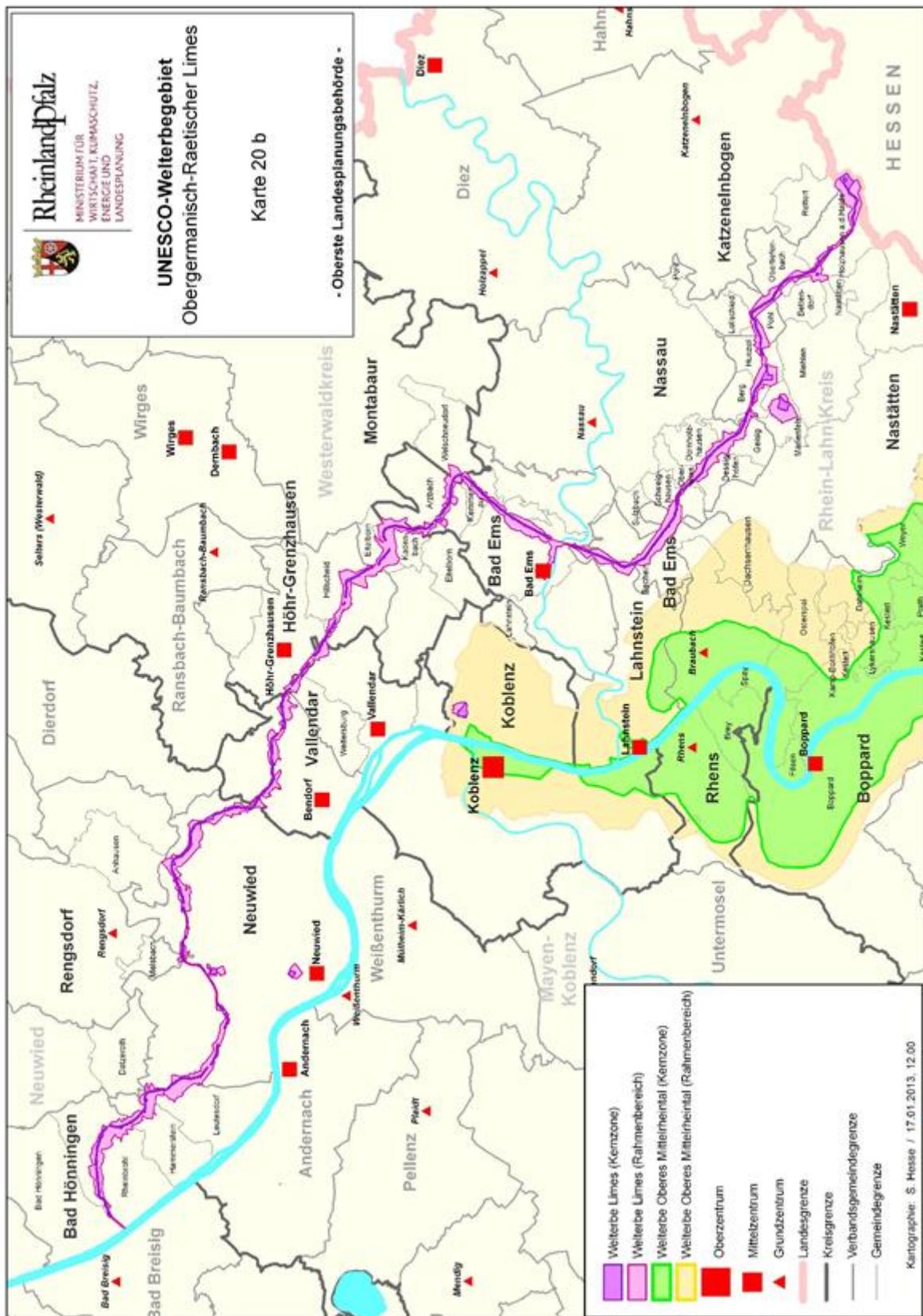
Die Lesefassung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Richtigkeit; maßgeblich bleiben die im Gesetz- und Verordnungsblatt verkündeten Fassungen.



LESEFASSUNG Mdl

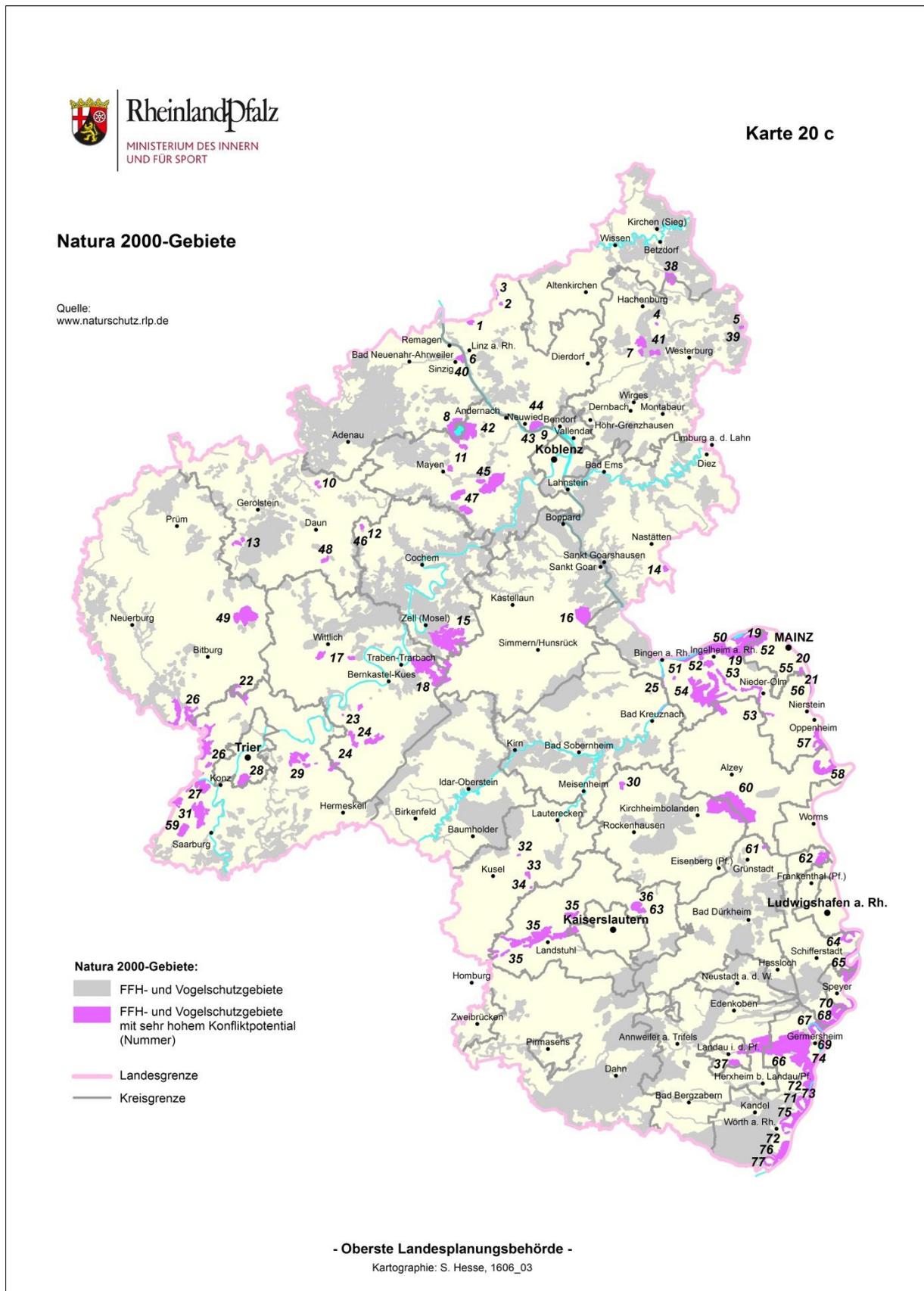
LEP IV Kap. Erneuerbare Energien nach Dritter Teilfortschreibung

Die Lesefassung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Richtigkeit; maßgeblich bleiben die im Gesetz- und Verordnungsblatt verkündeten Fassungen.



LESEFASSUNG Mdl  
LEP IV Kap. Erneuerbare Energien nach Dritter Teilfortschreibung

Die Lesefassung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Richtigkeit; maßgeblich bleiben die im Gesetz- und Verordnungsblatt verkündeten Fassungen.



**Tabelle zu Karte 20 c:****Natura 2000-Gebiete**

FFH- und Vogelschutzgebiete mit sehr hohem Konfliktpotential

Quelle: www.naturschutz.rlp.de, 2016

lfd. Nummer	Name	EU-ID
1	Asberg bei Kalenborn	DE-5309-305
2	Asbacher Grubenfeld	DE-5310-302
3	Heiden und Wiesen bei Buchholz	DE-5310-303
4	Ackerflur bei Alpenrod	DE-5313-301
5	NSG Krombachtalsperre	DE-5314-303
6	Mündungsgebiet der Ahr	DE-5409-301
7	Westerwälder Seenplatte	DE-5412-301
8	NSG Laacher See	DE-5509-301
9	NSG Urmitzer Werth	DE-5511-301
10	Wälder um Bongard in der Eifel	DE-5607-301
11	Unterirdische stillgelegte Basaltgruben Mayen und Niedermendig	DE-5609-301
12	NSG Jungferweiher	DE-5707-302
13	Birresborner Eishöhlen	DE-5805-302
14	Zorner Kopf	DE-5813-302
15	Altlayer Bachtal	DE-5909-301
16	NSG Struth	DE-5911-301
17	Mesenberg und Ackerflur bei Wittlich	DE-6007-301
18	Ahringsbachtal	DE-6009-301
19	Kalkflugsandgebiet Mainz-Ingelheim	DE-6014-302
20	NSG Laubenheimer-Bodenheimer Ried	DE-6015-301
21	NSG Kisselwörth und Sändchen	DE-6016-302
22	Kyllhänge zwischen Auw und Daufenbach	DE-6105-302
23	Frohnbachtal bei Hirzlei	DE-6107-301
24	Dhronhänge	DE-6108-301
25	Untere Nahe	DE-6113-301
26	Sauertal und Seitentäler	DE-6205-301
27	Obere Mosel bei Oberbillig	DE-6205-302
28	Mattheiser Wald	DE-6205-303
29	Fellerbachtal	DE-6206-301
30	Moschellandsberg bei Obermoschel	DE-6212-302
31	Nitteler Fels und Nitteler Wald	DE-6305-302
32	Ackerflur bei Ulmet	DE-6410-301
33	Kalkbergwerke bei Bosenbach	DE-6411-301
34	Grube Oberstauenbach	DE-6411-303
35	Westricher Moorniederung	DE-6411-301
36	Mehlinger Heide	DE-6512-301
37	Standortübungsplatz Landau	DE-6814-301
38	Neunkhausener Plateau	DE-5213-401

LESEFASSUNG Mdl

LEP IV Kap. Erneuerbare Energien nach Dritter Teilfortschreibung

Die Lesefassung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Richtigkeit; maßgeblich bleiben die im Gesetz- und Verordnungsblatt verkündeten Fassungen.

39	NSG Krombachtalsperre	DE-5314-303
40	Ahrmündung	DE-5409-401
41	Westerwälder Seenplatte	DE-5412-401
42	Laacher See	DE-5509-401
43	NSG Urmitzer Werth	DE-5511-301
44	Engerser Feld	DE-5511-401
45	Maifeld Kaan-Lonnig	DE-5610-401
46	Jungferweiher	DE-5707-401
47	Maifeld Einig-Naunheim	DE-5709-401
48	NSG Sangweiher und Erweiterung	DE-5807-401
49	Orsfeld (Bitburger Gutland)	DE-5905-401
50	Rheinaue Bingen-Ingelheim	DE-6013-401
51	NSG Hinter der Mortkaute	DE-6013-403
52	Dünen und Kalkflugsandgebiet Mainz-Ingelheim	DE-6014-401
53	Selztal zwischen Hahnheim und Ingelheim	DE-6014-402
54	Ober-Hilbersheimer Plateau	DE-6014-403
55	NSG Laubenheimer-Bodenheimer Ried	DE-6015-301
56	NSG Kisselwörth und Sändchen	DE-6016-302
57	Schilfgebiete zwischen Gimbsheim und Oppenheim inklusive Fischsee	DE-6116-402
58	Eich-Gimbsheimer Altrhein	DE-6216-401
59	Saargau Bilzingen/Fisch	DE-6304-401
60	Ackerplateau zwischen Ilbesheim und Flomborn	DE-6314-401
61	Klärteiche Offstein	DE-6315-401
62	Bobenheimer und Roxheimer Altrhein mit Silbersee	DE-6416-401
63	Mehlinger Heide	DE-6512-301
64	Neuhofener Altrhein mit Prinz-Karl-Wirth	DE-6516-401
65	Otterstadter Altrhein und Angelhofer Altrhein inklusive Binsfeld	DE-6616-401
66	Offenbacher Wald, Bellheimer Wald und Queichwiesen	DE-6715-401
67	NSG Mechttersheimer Tongruben	DE-6716-401
68	Berghausener und Lingenfelder Altrhein mit Insel Flotzgrün	DE-6716-402
69	Rußheimer Altrhein	DE-6716-403
70	Heiligensteiner Weiher	DE-6716-404
71	Neupotzer Altrhein	DE-6815-401
72	Hördter Rheinaue inklusive Kahnbusch und Oberscherpfer Wald	DE-6816-402
73	Karlskopf und Leimersheimer Altrhein	DE-6816-403
74	Sondernheimer Tongruben	DE-6816-404
75	Wörther Altrhein und Wörther Rheinhafen	DE-6915-402
76	Goldgrund und Daxlander Au	DE-6915-403
77	Neuburger Altrheine	DE-7015-405

### **Z 163 g**

Einzelne Windenergieanlagen dürfen nur an solchen Standorten errichtet werden, an denen der Bau von mindestens drei Anlagen im räumlichen Verbund planungsrechtlich möglich ist. Ersetzt eine einzelne Windenergieanlage bereits errichtete Windenergieanlagen, muss der Bau von mindestens zwei Anlagen im räumlichen Verbund planungsrechtlich möglich sein. Die Festlegungen der Sätze 1 und 2 gelten nicht für Nebenanlagen im Sinne des § 14 der Baunutzungsverordnung in Baugebieten für gewerbliche und industrielle Nutzungen.

### **Z 163 h**

Bei der Errichtung von Windenergieanlagen ist ein Mindestabstand dieser Anlagen von mindestens 1.000 Metern zu reinen, allgemeinen und besonderen Wohngebieten, zu Dorf-, Misch- und Kerngebieten einzuhalten. Beträgt die Gesamthöhe dieser Anlagen mehr als 200 Meter, ist ein Mindestabstand von 1.100 Metern zu den vorgenannten Gebieten einzuhalten.

### **Z 163 i**

Der frühzeitige Rückbau älterer Windenergieanlagen und die Ersetzung durch eine geringere Zahl von neuen Anlagen sind besonders zu fördern. Sofern im Standortbereich von Altanlagen, die mehr als 10 Jahre in Betrieb sind, eine Reduzierung von mindestens 25 Prozent der planungsrechtlich gesicherten Anlagen innerhalb des ursprünglichen Standortbereiches und eine Steigerung der Leistung mindestens um das Zweifache bezogen auf die abgebaute Anlagenleistung bewirkt wird (Repowering), dürfen die Vorgaben des Z 163 h um 10 Prozent unterschritten werden.

### **G 164**

Die Ansiedlung der Windenergieanlagen soll möglichst flächensparend an menschen-, natur- und raumverträglichen Standorten erfolgen. Die Energieerzeugungspotenziale auf von der Regional- und Bauleitplanung ausgewiesenen Standorten sind unter Beachtung der genehmigungsrelevanten Anforderungen zu optimieren. An geeigneten Standorten soll die Möglichkeit des Repowerings genutzt werden.

### **G 165**

Aufgrund der fast flächendeckend vorhandenen geologischen Potenziale kommt der Nutzung der Geothermie einschließlich der Tiefengeothermie besondere Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere für die Nutzung von Erdwärme im Oberrheingraben wegen der dort ausgebildeten speziellen geologischen Tiefenstrukturen. Das geothermische Potenzial soll im Hinblick auf die Wärme- und Stromgewinnung sowohl im Bereich der privaten Haushalte als auch im industriellen Sektor entwickelt und ausgebaut werden. Die Nutzung der Tiefengeothermie soll aufgrund hoher Energieverluste bei der Umwandlung von Wärme in Strom vorwiegend an geeigneten Standorten unter Nutzung der Abwärme und in hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK) erfolgen. Die Regionalplanung kann für raumbedeutsame Anlagen geeignete Standortbereiche ausweisen.

### **G 166**

Von baulichen Anlagen unabhängige Photovoltaikanlagen sollen flächenschonend, insbesondere auf zivilen und militärischen Konversionsflächen sowie auf ertragschwachen, artenarmen oder vorbelasteten Acker- und Grünlandflächen errichtet werden.

**Z 166 a**

Die Errichtung von von baulichen Anlagen unabhängigen Photovoltaikanlagen ist in den Kernzonen und den Rahmenbereichen der UNESCO-Welterbegebiete Oberes Mittelrheintal und Obergermanisch-Raetischer Limes ausgeschlossen.

**G 167**

Die vorhandenen Potenziale der Wasserkraft, insbesondere bei Kleinwasserkraftwerken und im Zusammenhang mit alten Wasserrechten, sollen, soweit dies wasser- und fischereiwirtschaftlich und ökologisch vertretbar ist, erschlossen werden.

**G 168**

Die energetischen Nutzungsmöglichkeiten der Bioenergie (Umwandlung von Abfall, Reststoffen und nachwachsenden Rohstoffen in Strom und Wärme) sollen durch die Entwicklung von entsprechenden Nutzungskonzepten auf regionaler und kommunaler Ebene für den Bereich der Land- und Forstwirtschaft geprüft und umgesetzt werden.

**G 168 a**

Der Aus- und Neubau von Anlagen zur Speicherung von regenerativ erzeugter Energie soll mit dem Ziel der Gewährleistung der Sicherheit der allgemeinen Energieversorgung verstärkt werden. Die Energiespeicherung kann dabei in Form von Strom, Wärme oder regenerativ erzeugter Brennstoffe wie zum Beispiel Biogas sowie Wasserstoff oder Methan aus Power-to-Gas-Anlagen erfolgen. Der Modernisierung, dem Ausbau und der Erweiterung bestehender Anlagen soll gegenüber der Inanspruchnahme neuer Standorte ein Vorzug eingeräumt werden.

**G 168 b**

Die Potenziale der Eigenversorgung von Industrie- und Gewerbeunternehmen, kommunalen Einrichtungen sowie privaten Haushalten mit Strom aus Erneuerbare-Energien- sowie aus hocheffizienten und flexiblen Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, insbesondere solchen, die mit Bioenergie oder Erdgas betrieben werden, sollen durch geeignete raumordnerische und bauleitplanerische Maßnahmen erschlossen werden. Bei der Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten soll insbesondere geprüft werden, ob – sofern städtebaulich zulässig – dezentrale Eigenversorgungsanlagen Berücksichtigung finden können.

## **Begründung/Erläuterung:**

### **zu G 161**

Die Lösung raumordnerischer Konflikte in Bezug auf die Umsetzung energiepolitischer Vorgaben ist eine wichtige Aufgabe der Regionalplanung. Auftretende Nutzungskonflikte zum Beispiel zwischen der Sicherung des Freiraums und der Nutzung freiraumaffiner energetischer Potenziale sind hier zu lösen. Aufgrund der mit der Nutzung erneuerbarer Energien verbundenen Eingriffe sind beispielsweise die Belange des Arten- und Biotopschutzes, der Schutz des Landschaftsbildes oder die Belange von Erholung und Fremdenverkehr mit den Anforderungen an Klima- und Ressourcenschutz oder der Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe in Einklang zu bringen.

### **zu Z 162**

Räumliche Nutzungskonzepte (zum Beispiel Energiekonzepte der Planungsgemeinschaften bzw. des Verbandes Region Rhein-Neckar) sind im Dialog mit den regionalen und kommunalen Akteuren zeitnah umzusetzen. Wo noch keine Energiekonzepte oder Potenzialstudien vorliegen, sind diese zeitnah zu erstellen und in konkrete Maßnahmen und Vorhaben überzuleiten. Verbindliche Planungen müssen der strategischen Umweltprüfung (SUP) und die konkreten Vorhaben und Projekte müssen der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) genügen. Erfordernisse aus der demografischen Entwicklung sind ebenso zu beachten wie die Strategie des Gender-Mainstreamings.

### **zu G 162 a**

Eine wichtige Grundlage für einen Handlungsbedarf im Bereich der Erneuerbaren Energien kann insbesondere aus Klimaschutzkonzepten abgeleitet werden. Deshalb wird empfohlen, dass die Verbandsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden, großen kreisangehörigen und kreisfreien Städte Klimaschutzkonzepte aufstellen. Dabei sollen sich die Kommunen besonders mit dem Einsatz von Nahwärmenetzen und ihrer Wirtschaftlichkeit auseinandersetzen. Diese Aufgabe kann auch durch entsprechende Konzepte auf Kreisebene abgedeckt werden, sofern dabei Aussagen zu einzelnen Gemeinden getroffen werden. Die Klimaschutzkonzepte der kommunalen Ebene ergänzen die räumlichen Nutzungskonzepte der Planungsgemeinschaften. Eine Verpflichtung der Kommunen, solche Konzepte zu erstellen, besteht nicht.

### **zu G 163**

Es ist eine gemeinsame Aufgabe der Regionalplanung und der Bauleitplanung, für den erforderlichen Ausbau der Windenergie auf der Basis einer geordneten Planung Sorge zu tragen. Im Hinblick auf § 1 Abs. 3 BauGB besteht die Verpflichtung zum planerischen Tätigwerden für eine Gemeinde dann, wenn und soweit es für die städtebauliche Entwicklung erforderlich ist.

### **zu G 163 a**

Zur Umsetzung der energiepolitischen Ziele leistet insbesondere die Windenergie einen bedeutenden Beitrag. Der für das Erreichen der klima- und energiepolitischen Ausbauziele notwendige Flächenbedarf liegt in einer Größenordnung von ca. zwei Prozent der Landesfläche, der insbesondere durch den Flächenbedarf für die Errichtung von Windenergieanlagen verursacht wird.

### zu Z 163 b

Die Ausweisung von Vorranggebieten auf der Ebene der Regionalpläne dient der Flächensicherung zum Erreichen der vorgenannten energiepolitischen Zielsetzungen. Bei der Auswahl der Standorte ist im Sinne einer effektiven Energieausbeute die Windhöffigkeit von besonderer Bedeutung. Die Ausrichtung der Standorte für Windenergieanlagen an der Windhöffigkeit trägt auch zu einer Konzentration der Anlagen an geeigneten Standorten und damit zu einem Schutz des Landschaftsbildes bei.

### zu G 163 c

Aufgrund des besonders hohen Waldflächenanteils an der Gesamtfläche des Landes kommt diesen Flächen bei der zukünftigen Nutzung der Windenergie eine besondere Bedeutung zu. Daher sollen landesweit auch zwei Prozent der Waldfläche für die Windenergienutzung ausgewiesen werden.

### zu Z 163 d

In den in Z 163 d genannten rechtsverbindlich festgesetzten Naturschutzgebieten, in als Naturschutzgebiet vorgesehenen Gebieten, für die nach § 22 Abs. 3 Bundesnaturschutzgesetz in Verbindung mit § 12 Abs. 4 Landesnaturschutzgesetz eine einstweilige Sicherstellung erfolgt ist, in dem Naturpark Pfälzerwald als deutscher Teil des Biosphärenreservats Pfälzerwald-Nordvogesen, in Nationalparks, in den Kernzonen der Naturparke sowie in den Kernzonen und Rahmenbereichen der UNESCO-Welterbegebiete Oberes Mittelrheintal und Obergermanisch-Raetischer Limes ist aufgrund der besonderen Schutzwürdigkeit dieser Räume beziehungsweise aufgrund der Schutzfunktion der vorgenannten Rahmenbereiche für das Welterbe eine Nutzung für die Windenergie ausgeschlossen.

Die landesweit bedeutsamen historischen Kulturlandschaften weisen eine besondere Schutzwürdigkeit in Bezug auf die Nutzung der Windenergie auf. Rheinland-Pfalz verfügt über ein vielschichtiges Landschaftspotential, das – bis auf wenige Reste von Kulturlandschaften – das Resultat menschlicher Gestaltung ist. Steillagenweinbau an Rhein, Mosel, Nahe und Ahr, Sonderkulturen auf Lößgebieten sowie Grünlandwirtschaft in den Höhenlagen zeigen die Vielfältigkeit von Rheinland-Pfalz, die nahezu einzigartig ist im Herzen Europas. Die Jahrhunderte lange Inkulturnahme durch den Menschen hat aus diesen Naturräumen Kulturlandschaften mit typischen Nutzungsformen und einer Fülle einzigartiger Kulturlandschaftselemente werden lassen. Über 500 Burgen und Schlösser, Kirchen sowie Bauern- und Winzerhöfe sind herausragende Zeugnisse dieser Geschichte. Ebenso haben sich parallel dazu typische und zum Teil einzigartige Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten herausgebildet.

Eine besondere Ausprägung und Wertigkeit haben in diesem Zusammenhang neben Teilbereichen der Mittelgebirge – Hoher Westerwald, Moselhunsrück und Vulkaneifel – vor allem die Flusstäler bzw. Talweitungen des Rheins, der Mosel, der Nahe, der Ahr und der Lahn sowie der Haardtrand erfahren. Sie sind in ihrer Erscheinung einzigartig und stellen deshalb einen besonders wichtigen Teil der landesweit bedeutsamen historischen Kulturlandschaftsräume dar. Sowohl landschaftlich als auch kulturell gehört Rheinland-Pfalz damit zu den interessantesten Bundesländern in Deutschland.

Die Erhaltung dieser Kulturlandschaftsräume sowie die Attraktivierung der darin liegenden Städte und Dörfer fördert zum einen die Identität der dort ansässigen Menschen mit ihrem Lebensraum, ihrer Heimat, und zum anderen verfügt Rheinland-Pfalz

so gleichzeitig über ein unverwechselbares Profil und Alleinstellungsmerkmal für den Tourismus. Diese Kulturlandschaften müssen deshalb aufgrund ihrer besonderen, herausragenden Bedeutung für Rheinland-Pfalz im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung den entsprechenden Schutz erfahren und die notwendige Weiterentwicklung dieser Landschaftsräume muss sich der Prüfung im Hinblick auf ihre „Kulturlandschaftsverträglichkeit“ stellen.

Deshalb sind innerhalb dieser Kulturlandschaftsräume Gebiete aufgrund der dort vorhandenen besonderen Landschaftsästhetik, ihrer Bedeutung für die Erholung und den Tourismus von der Windenergienutzung freizuhalten. Dabei können auch Sichtachsen zu herausragenden, freistehenden Bau- und Kulturdenkmälern, bei denen Windenergieanlagen Auswirkungen auf deren Umgebung haben können, relevant sein. In dem Fachgutachten zur Konkretisierung der landesweit bedeutsamen historischen Kulturlandschaften zur Festlegung, Begründung und Darstellung von Ausschlussflächen und Restriktionen für den Ausbau der Windenergienutzung (Z 163 d) vom 25. Juli 2013, erstellt im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung durch das Büro agl angewandte geographie, landschafts-, stadt- und raumplanung, Saarbrücken, ist eine Einteilung dieser Kulturlandschaften in verschiedene Bewertungsstufen vorgenommen worden. Aufgrund der festgestellten besonders hohen Wertigkeit ist die Windenergienutzung auf den Flächen der Bewertungsstufen 1 und 2 ausgeschlossen.

Daneben steht es im Ermessen der Regionalplanung, für die Flächen der Bewertungsstufe 3 ganz oder teilweise ebenfalls einen Ausschluss der Windenergienutzung festzulegen.

In den Natura 2000-Gebieten, für die ein sehr hohes Konfliktpotenzial besteht, ist die Windenergienutzung ausgeschlossen. Zur Beurteilung der Erforderlichkeit des Ausschlusses wurde das von der Staatlichen Vogelschutzwarte und vom damaligen Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht erarbeitete Gutachten („Naturschutzfachlicher Rahmen zum Ausbau der Windenergienutzung in Rheinland-Pfalz“) zugrunde gelegt. Für die übrigen FFH- und Vogelschutzgebiete ist zu prüfen, ob durch die Windenergienutzung der jeweilige Schutzzweck erheblich beeinträchtigt werden kann. Gegebenenfalls ist eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Bei anderen Schutzgebieten, z. B. Wasserschutzgebieten der Zonen II und III, erfolgt die Prüfung der Vereinbarkeit mit dem Schutzzweck (z. B. vorsorgender Schutz des Grundwasservorkommens und der Trinkwassergewinnung) im Rahmen der fachgesetzlichen Anforderungen.

Vorranggebiete oder sonstige Ausweisungen mit Zielcharakter wie z. B. regionale Grünzüge bedeuten in der Regel, dass dem jeweiligen Belang ein Vorrang vor allen anderen raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zukommt. Unterschiedliche Vorränge können sich allerdings überlagern, sofern eine Vereinbarkeit mit der vorrangigen Funktion oder Nutzung hergestellt werden kann. So stehen Vorrangausweisungen zugunsten der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft oder des Rohstoffabbaus der Windenergienutzung in der Regel nicht entgegen.

Bei der Auswahl der für die Windenergienutzung vorgesehenen Waldgebiete sind die forstfachlichen Schutzaspekte von besonderer Bedeutung. Ausgenommen werden

Gebiete mit größerem zusammenhängendem Laubwaldbestand mit einem Alter über 120 Jahren, abgegrenzt auf der Basis der Forsteinrichtungswerke (einschließlich kleiner Waldlichtungen und ökologisch geringwertiger Waldbestände bis zu einer Größe von einem Hektar, die inselartig in diese Komplexe eingelagert sind). Für die Abgrenzung der vorgenannten Gebiete ist eine Mindestgröße der Altholzkomplexe von circa 10 Hektar (ha) zu Grunde zu legen, in welche allenfalls kleinflächig (unter 1 ha) jüngere Bestände, Nadelholz oder Waldlichtungen eingemischt sind.

Wasserschutzgebiete der Zone I sind aufgrund ihrer Schutzbedürftigkeit von der Windenergienutzung ebenfalls ausgeschlossen.

#### **zu Z 163 e**

Die außerhalb der vorgenannten Gebiete und der Vorranggebiete liegenden Räume sind der Bauleitplanung vorbehalten. Sie soll mithilfe von Konzentrationsflächen eine planerische Bündelung der Windkraftanlagen gewährleisten. Hierbei sollen Möglichkeiten der interkommunalen Kooperation und des Interessensausgleichs genutzt werden, um eine gerechte Verteilung von Nutzen und Lasten der betroffenen Gebietskörperschaften anzustreben.

Die Regionalplanung weist zur Umsetzung der Klimaschutzziele Vorrang- und Ausschlussgebiete für die Windenergienutzung aus. Außerhalb dieser Vorrang- und Ausschlussgebiete leisten die Gemeinden über die Darstellung von Konzentrationsflächen für die Windenergienutzung in den Flächennutzungsplänen ihren Beitrag zur Energiewende. Bei der Auswahl der Standorte ist im Sinne einer effektiven Energieausbeute im Rahmen der Abwägung die Windhöufigkeit von zentraler Bedeutung, wobei auch andere Gesichtspunkte wie etwa das Orts- und Landschaftsbild einzubeziehen sind.

#### **zu G 163 f**

Die Regional- und die Bauleitplanung sollen durch die Ausweisung von Vorranggebieten und Konzentrationsflächen für eine Bündelung der Errichtung von Windenergieanlagen Sorge tragen und damit gleichzeitig auch eine Bündelung sowie einen geordneten Ausbau der Netzinfrastruktur ermöglichen. Dabei soll insbesondere auch eine Abstimmung mit den Netzbetreibern erfolgen.

#### **zu Z 163 g**

Einzelne Windenergieanlagen dürfen nur an solchen Standorten errichtet werden, an denen mindestens drei Anlagen im räumlichen Verbund errichtet werden können. Grundsätzlich ist ein räumlicher Verbund dann gegeben, wenn die Anlagenstandorte in einem Standortbereich mit einer Mindestgröße von 20 ha liegen. In Einzelfällen kann auch eine Fläche von 15 ha, im Falle des Z 163 g Satz 2 auch 10 ha ausreichen. Dadurch wird sichergestellt, dass die Landschaft nicht durch eine Vielzahl von Einzelanlagen beeinträchtigt und die geforderte Bündelungswirkung unterlaufen wird. Die Festlegungen der Sätze 1 und 2 gelten nicht für Nebenanlagen im Sinne des § 14 Baunutzungsverordnung in Baugebieten für gewerbliche und industrielle Nutzung. Näheres wird durch die Fortschreibung der Hinweise für die Beurteilung der Zulässigkeit der Errichtung von Windenergieanlagen in Rheinland-Pfalz (Rundschreiben Windenergie) vom 28. Mai 2013 geregelt.

### zu Z 163 h

Moderne Windenergieanlagen haben aufgrund ihrer Größe und der aus ihrem Betrieb resultierenden Emissionen starke Auswirkungen auf ihre Umgebung. Sowohl um eine bessere Vorsorge für die in der räumlichen Nähe von Windenergieanlagen lebenden Menschen zu gewährleisten als auch um die Akzeptanz der Bevölkerung für die Windenergienutzung zu erhöhen, ist ein größerer Mindestabstand von den in Z 163 h im einzelnen aufgeführten Gebieten im Sinne der Baunutzungsverordnung, als der durch die TA-Lärm zum Bundesimmissionsschutzgesetz vorgegebene Mindestabstand, angemessen. Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe bis zu 200 Meter müssen daher einen Mindestabstand von 1.000 Meter, solche über 200 Meter Gesamthöhe einen solchen von 1.100 Meter einhalten. Dieses Erfordernis gilt sowohl für die bereits vorhandenen als auch für die geplanten im einzelnen aufgezählten Gebiete.

### zu Z 163 i

Durch Repowering wird in besonderer Weise der flächenreduzierten Bauweise und der höheren Akzeptanz an vorhandenen Standorten Rechnung getragen. Mit dem Repowering wird die Zahl der Anlagen erheblich reduziert, damit sinkt die optische Belastung. Durch den gleichzeitigen hohen Leistungsgewinn erfolgt eine besonders effiziente Nutzung. Zusätzlich wirkt sich positiv aus, dass es um Standorte geht, die aufgrund langjähriger Nutzung eine Akzeptanz in der Bevölkerung genießen. Für das Erreichen der Energie- und Klimaschutzziele ist das Repowering zudem eine tragende Säule in den nächsten Jahren. Aus diesem Grund ist das Repowering an vorhandenen Standorten, auf denen die Windenergieanlagen mehr als 10 Jahre in Betrieb sind, bei einer Reduzierung von mindestens 25 Prozent der planungsrechtlich gesicherten Anlagen am Standort und einer Steigerung der Leistung mindestens um das Zweifache bezogen auf die abgebaute Anlagenleistung zulässig. Dies gilt auch dann, wenn genehmigte Anlagen durch eine oder mehrere planungsrechtlich gesicherte Anlagen am Standort ersetzt werden. Die Leistung kann gemessen werden anhand des tatsächlichen Jahresenergieertrages der Altanlage und des prognostizierten Jahresenergieertrages der Neuanlage oder mit Hilfe der jeweiligen Nennleistung. Ferner dürfen die Abstandsvorgaben des Z 163 h um 10 Prozent unterschritten werden.

### zu G 164

Ein Repowering an planerisch sinnvollen Standorten kann dazu beitragen, den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung substanziell zu erhöhen. Hierzu können Regional- und Bauleitplanung auch vorhandene Vorrang- und Vorbehaltsgebiete überprüfen und ggf. den neuen Erkenntnissen und Anforderungen anpassen. Die Regionalplanung kann wichtige Vorarbeiten zur Identifizierung der Rückbaupotenziale und planungsrechtlich gesicherter Standortpotenziale leisten.

### zu G 165

Rheinland-Pfalz verfügt aufgrund der geologischen Gegebenheiten über erhebliche Ressourcen zur Gewinnung von Erdwärme. In oberflächennahen Erdschichten sind in Rheinland-Pfalz bereits mehrere tausend Anlagen zur Gebäudeheizung installiert. Darüber hinaus sind im Oberrheingraben erhebliche Potenziale zur Nutzung von Erdwärme aus tiefen Erdschichten mit entsprechend hohem Temperaturniveau vorhanden. Dieses Segment ist in Verfolgung des Nachhaltigkeitsgedankens wegen der Möglichkeit der Stromgewinnung für die Abdeckung der Grundlast als besonders vielversprechend zu erachten. Aufgrund des hohen Anteils an Restwärme bei der Stromgewinnung ist eine Kombination von Stromgewinnung und Fernwärmeversorgung für

Heizzwecke anzustreben. Erdwärme kann langfristig möglicherweise einen nennenswerten Beitrag zur Energieversorgung in Rheinland-Pfalz leisten. Ziel ist die Entwicklung einer Referenzregion Geothermie.

#### **zu G 166**

Auch bei der Errichtung von selbstständigen Photovoltaikanlagen soll dem Gedanken des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden sowie der Berücksichtigung von Schutzaspekten Rechnung getragen werden. Daher kommen insoweit insbesondere zivile und militärische Konversionsflächen sowie ertragsschwache, artenarme oder vorbelastete Ackerflächen, Grünlandflächen als Standorte in Betracht. Hinweise zur Ertragsschwäche lassen sich z. B. auch aus der Bodenwertzahl ableiten, die jedoch regional zu differenzieren ist.

Großflächige Photovoltaikanlagen, die im Außenbereich als selbstständige Anlagen errichtet werden sollen, sind nach dem geltenden Baugesetzbuch grundsätzlich nur im Rahmen der gemeindlichen Bauleitplanung zulässig.

#### **zu Z 166 a**

Wegen des besonderen universellen Wertes und der Anforderung an den Erhalt der Unversehrtheit und Authentizität der UNESCO-Welterbegebiete Oberes Mittelrheintal und Obergermanisch-Raetischer Limes müssen deren Kernzonen und Rahmenbereiche nicht nur von Windenergieanlagen, sondern auch von Freiflächen-Photovoltaikanlagen freigehalten werden.

#### **zu G 167**

Wasserkraft stellt eine Alternative zur Nutzung fossiler Brennstoffe dar. Sie ist unter Abwägung der Ökoeffizienz hinsichtlich ihrer komplexen Auswirkungen auf die Grund- und Oberflächengewässer zu nutzen. Überregionale Nutzungskonzepte sind dabei isolierten Einzelplanungen vorzuziehen, um die Auswirkungen auf die Grund- und Oberflächengewässer in der Gesamtschau abschließend zu beurteilen. Ggf. kann die Optimierung bzw. Wiederherstellung vorhandener Anlagen auch unter ökonomischen Gesichtspunkten effektiver sein als Neuanlagen.

#### **zu G 168**

Laut »Biomasse-Studie Rheinland-Pfalz« können in Rheinland-Pfalz mittelfristig unter Nutzung von Energieeinsparpotentialen etwa 16 bis 19 % des derzeitigen Primärenergieverbrauchs (PEV) durch erneuerbare Biomasse-Energieträger gedeckt werden. Der umwelt- und naturverträgliche Anbau nachwachsender Rohstoffe kann im Rahmen einer wirtschaftlichen Verwertung neue Produktionsmöglichkeiten und Einkommensquellen für die Landwirtschaft erschließen und somit neue Möglichkeiten zur Verwirklichung einer Kreislaufwirtschaft eröffnen. Deshalb bestehen im Ausbau der Biomasse und Biogasverwertung Möglichkeiten, die beim Einsatz in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen oder der direkten Einspeisung in Gasnetze genutzt werden können. Dabei gilt es jedoch zu berücksichtigen, dass Biomasse nur begrenzt zur Verfügung steht und die Nahrungsmittelproduktion weiterhin der Haupterwerb der Landwirtschaft ist und bleibt.

Der umweltverträgliche Anbau nachwachsender Rohstoffe kann im Rahmen einer wirtschaftlichen Verwertung neue Produktionsmöglichkeiten und Einkommensquellen für

die Landwirtschaft erschließen und neue Möglichkeiten zur Verwirklichung einer Kreislaufwirtschaft eröffnen. Bei der Bioenergie bestehen inzwischen große Nutzungsmöglichkeiten an Reststoffen, die als wesentlicher Beitrag zur Ergänzung von Biogas eingesetzt werden können (z. B. Klärschlamm, Bioabfall, Gülle, Abfälle aus der Lebensmittelproduktion).

#### **zu G 168 a**

Die zunehmend fluktuierende Stromerzeugung durch Windenergie und Photovoltaikanlagen erfordert den Ausbau neuer Energiespeicherkapazitäten, um die dargebotsabhängige Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien und die im Tagesverlauf stark schwankende Stromnachfrage auszugleichen und somit die Energieversorgungssicherheit zu jedem Zeitpunkt gewährleisten zu können. Energiespeicher tragen damit entscheidend zur Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien bei und erhöhen die Effektivität der Stromerzeugung sowie die Netzstabilität.

Neben klassischen Stromspeichern wie zum Beispiel Pumpspeicherkraftwerken oder Batteriespeichieranlagen erlangt auch die Nutzung regenerativ erzeugten Überschussstroms in der Wärmeversorgung und zur Erzeugung saisonal speicherbarer chemischer Verbindungen mit der weiteren Umsetzung der Energiewende zunehmend an Bedeutung.

#### **zu G 168 b**

Die dezentrale Eigenversorgung mit Strom aus Erneuerbare-Energien-Anlagen sowie aus hocheffizienter und flexibler Kraft-Wärme-Kopplung (vorzugsweise Bioenergie bzw. Erdgas) trägt zum weiteren Ausbau der regenerativen Stromerzeugung im Land sowie zu einer effizienten und ressourcenschonenden Brennstoffnutzung bei und ersetzt den Strombezug aus konventionellen Kraftwerken. Durch ihre räumliche Nähe zum Verbrauchsort verringern Eigenversorgungsanlagen die Notwendigkeit des Netzausbaus sowohl auf der Übertragungsnetz- als auch der Verteilnetzebene und reduzieren den damit verbundenen Flächenbedarf sowie Eingriffe in das Landschaftsbild. Darüber hinaus können Eigenversorgungsanlagen in Verbindung mit Lastmanagementmaßnahmen insbesondere in Industrie und Gewerbe einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung der Eigenversorgungssicherheit leisten.

In der Strategischen Umweltprüfung (SUP) erhält der Abschnitt III Nummer 3.5.2, Satz 1 folgende Fassung:

Die Prüfung bezieht sich auf die Kapitel 5.2 sowie 5.2.1 des Landesentwicklungsprogramms IV sowie auf die Dritte Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV.

In der Strategischen Umweltprüfung (SUP) erhält der Abschnitt III Nummer 3.5.2.1 folgende Fassung:

### **3.5.2.1 Erneuerbare Energien**

#### **Die wichtigsten Ziele der Dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV**

Mit der Ersten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV wurde grundsätzlich festgelegt, dass der geordnete Ausbau der Windenergie durch die Regional- und Bauleitplanung sichergestellt werden soll (G 163). Hierbei weisen die Regionalpläne Vorranggebiete für die Windenergienutzung aus (Z 163 b), die Befugnis für eine abschließende Steuerung durch die Ausweisung von Konzentrationsflächen für die Windenergie wurde auf die Bauleitplanung übertragen (Z 163 e). Die grundsätzliche Aufgabenverteilung zwischen Landesplanung, Regionalplanung und Bauleitplanung wird in der Dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV beibehalten. Um einen angemessenen Ausgleich zwischen dem Ausbau der Windenergie auf der einen und den Anforderungen des Natur-, Landschafts- und Kulturlandschaftsschutzes sowie den Bedürfnissen der Bevölkerung auf der anderen Seite zu gewährleisten, werden mit der Dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV durch eine unmittelbar geltende Änderung punktuelle Nachsteuerungen vorgenommen.

Das Landesklimaschutzgesetz ist seit dem 23. August 2014 in Kraft. Die dort verankerten Ziele des Landes wurden im Zuge der Dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV in das Leitbild aufgenommen.

#### **(1) Leitbild Nachhaltige Energieversorgung**

Das Ziel, bis 2020 eine Reduzierung der Klimagase um 40 Prozent zu erreichen, wird beibehalten. Von der detailliert ausformulierten Vorgabe, bis 2030 den verbrauchten Strom bilanziell zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu gewinnen, wird in dem Leitbild abgesehen.

#### **(2) Modifizierung der Flächenvorgaben**

Die Vorgabe der Bereitstellung von zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergienutzung (G 163 a) wird grundsätzlich beibehalten, jedoch unter Verzicht auf die Formulierung als Mindestanteil (Streichung des Begriffs „mindestens“). Gleiches gilt für die Zurverfügungstellung von Waldflächen (G 163 c).

#### **(3) Änderung der bisherigen Planaussagen zur Windenergie: weitere Ausschlussgebiete und unmittelbare Wirkung des Landesentwicklungsprogramms IV**

Die Ausschlusskriterien für Windenergieanlagenstandorte im Landesentwicklungsprogramm IV wirken als landesplanerische Ziele unmittelbar auf die Regional- und Bauleitplanung. Sie werden durch folgende Ausschlussstatbestände ergänzt (Z 163 d):

- Naturpark Pfälzerwald
- Kernzonen der Naturparke
- Natura 2000-Gebiete, für die die staatliche Vogelschutzware im „Naturschutz fachlichem Rahmen zum Ausbau der Windenergienutzung in Rheinland-Pfalz“ ein sehr hohes Konfliktpotenzial festgestellt hat
- Wasserschutzgebiete der Zone 1
- Rahmenbereiche der UNESCO-Welterbegebiete Oberes Mittelrheintal und Obergermanisch-Raetischer Limes
- landesweit bedeutsame historische Kulturlandschaften der Bewertungsstufen 1 und 2
- Gebiete mit zusammenhängendem Laubholzbestand mit einem Alter über 120 Jahren.

#### **(4) Mindestflächengröße: Anlagen im räumlichen Verbund**

Die Zulässigkeit der Errichtung von Windenergieanlagen nur an Standorten, an denen der Bau von mindestens drei Anlagen, nunmehr im Falle des Repowering zwei Anlagen im Verbund möglich ist, wird Ziel (vorher G 163 f, jetzt Z 163 g).

#### **(5) Mindestabstand zu Gebieten mit Wohnnutzung**

Erforderlicher Mindestabstand von Windenergieanlagen von 1.000 Meter zu reinen, allgemeinen und besonderen Wohngebieten sowie zu Dorf-, Misch- und Kerngebieten, bei Anlagen mit mehr als 200 Meter Gesamthöhe mindestens 1.100 Meter (Z 163 h). Eine Unterschreitung der Abstände ist nur im Falle des besonders gewünschten Repowering von Altanlagen zulässig (Z 163 i).

#### **(6) Keine Photovoltaik im Rahmenbereich der UNESCO-Gebiete**

In den Kernzonen und nun auch in den Rahmenbereichen der UNESCO-Welterbegebiete Oberes Mittelrheintal und Obergermanisch-Raetischer Limes wird die Errichtung von von baulichen Anlagen unabhängigen Photovoltaikanlagen unmittelbar ausgeschlossen (Z 166 a).

#### **(7) Grundsätze G 162 a, G 168 a, G 168 b**

Diese Grundsätze der Raumordnung betonen die Bedeutung von Nahwärmenetzen, von Anlagen zur Speicherung von regenerativ erzeugtem Strom, von Potenzialen der Eigenversorgung und von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (G 162 a, G 168 a und G 168 b).

Ein Scoping-Verfahren im Sinne des § 9 Abs. 1 Satz 2 ROG hat für die Dritte Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV stattgefunden. Die öffentlichen Stellen, deren umwelt- und gesundheitsbezogener Aufgabenbereich von den Umweltauswirkungen der Dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV berührt werden kann, wurden schriftlich über die Inhalte der Dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV und das vorgesehene Vorgehen bei der Umweltprüfung informiert, um Umfang und Untersuchungstiefe des Umweltberichtes und der Umweltprüfung festzulegen und frühzeitig Hinweise auf bisher nicht berücksich-

## LESEFASSUNG Mdl

### LEP IV Kap. Erneuerbare Energien nach Dritter Teilfortschreibung

Die Lesefassung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Richtigkeit; maßgeblich bleiben die im Gesetz- und Verordnungsblatt verkündeten Fassungen.

tigte Umweltauswirkungen der Dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV zu bekommen. Die eingegangenen Anregungen und Hinweise wurden bei der Erstellung des Umweltberichtes berücksichtigt.

### **Voraussichtliche Umweltauswirkungen**

#### **Schutzgüter Mensch, Tiere, Pflanzen, Biologische Vielfalt, Boden, Wasser, Kulturgüter und Landschaft**

Der Bau, die Anlage und der Betrieb von Windenergieanlagen sind in der Regel mit Auswirkungen auf das Landschaftsbild und den Naturhaushalt verbunden. Hiervon können alle Schutzgüter im Sinne des § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 4 ROG betroffen sein (Tabelle 1).

Tabelle 1: Mögliche Auswirkungen von Windenergieanlagen auf die Schutzgüter

Schutzgut	Auswirkungen		
	baubedingt	betriebsbedingt	anlagebedingt
Mensch: Wohnen und Gesundheit:  Erholung/Tourismus:	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Temporäre Lärm- und Staubbelastung</li> <li>• Temporäre Lärm- und Staubbelastung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Lärmbelastung (Schall)</li> <li>• Schattenwurf</li> <li>• Lärmbelastung (Schall)</li> <li>• Schattenwurf</li> <li>• Wahrnehmung der drehenden Rotoren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Veränderung des Landschaftsbildes</li> <li>• Veränderung des Landschaftsbildes</li> </ul>
Landschaft	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Temporäre Staubbelastung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bewegungsunruhe</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Technische Überformung</li> </ul>
Tiere	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verlust / Beeinträchtigung von Habitaten</li> <li>• Lärm- und Staubbelastung</li> <li>• Bewegungsunruhe</li> <li>• Verlust von Brut-, Nist- und Nahrungsplätzen</li> <li>• Tötung von Einzelindividuen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Habitatverlust</li> <li>• Bewegungsunruhe</li> <li>• Kollisionsrisiko</li> <li>• Barotrauma (Druckverletzung)</li> <li>• Barrierewirkung für Vogelzug</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verlust von Habitaten</li> <li>• Verlust von Brut-, Nist- und Nahrungsplätzen</li> <li>• Tötung von Einzelindividuen</li> </ul>
Pflanzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verlust/Belastung von Vegetationsfläche</li> </ul>	-	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verlust von Vegetationsfläche</li> </ul>
Biologische Vielfalt	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Habitatverlust</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Habitatverlust</li> </ul>	-
Boden	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verdichtung</li> <li>• Bodenerosion</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Belastung bei Wartung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Versiegelung</li> <li>• Teilversiegelung</li> <li>• Bodenauftrag/-abtrag</li> </ul>
Wasser	<ul style="list-style-type: none"> <li>• nur bei nicht sachgerechtem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• nur bei nicht sachgerechtem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• nur bei Bau in Gewässernähe oder Querung von Gewässern (Kabeltrasse)</li> </ul>
Kulturgüter/sonstige Sachgüter	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zerstörung</li> </ul>	-	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Veränderung der Wahrnehmung bei Sichtbeziehungen</li> </ul>
Luft/Klima	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Temporäre Lärm- und Staubbelastung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kleinklimatische Veränderungen von untergeordneter Bedeutung</li> <li>• Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Äquivalenten</li> </ul>	-

Durch die Dritte Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV wird in den aufgezählten Ausschlussflächen und innerhalb der genannten Siedlungspuffer ein Neubau von Windenergieanlagen auf der Ebene des Landesentwicklungsprogramms IV mit Ausnahme der Voraussetzungen zum Repowering planerisch ausgeschlossen.

Mögliche Beeinträchtigungen betroffener Schutzgüter durch den Bau, den Betrieb und die Anlage von Windenergieanlagen (siehe Tabelle 1) werden innerhalb der genannten Ausschlusskulisse durch die Dritte Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV vermieden.

Die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen kann ebenfalls mit Auswirkungen auf das Landschaftsbild, die Vegetation und mit Habitatverlusten für einige Tierarten verbunden sein. Der gemäß Z 166 a geltende Ausschluss der Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen in den Rahmenbereichen der UNESCO-Welterbestätten Oberes Mittelrheintal und Obergermanisch-Raetischer Limes führt daher zur Vermeidung von Auswirkungen auf die betroffenen Schutzgüter.

Der bisherige Grundsatz 163 f soll der Errichtung einzelner Windenergieanlagen entgegenwirken. Hierbei wird davon ausgegangen, dass mit der Konzentration von Windenergieanlagen an wenigen, geeigneten Standorten eine geringere Beeinträchtigung des Landschaftsbildes verbunden ist als mit der Errichtung vieler einzelner verstreut liegender Anlagen. Durch das neuformulierte Ziel 163 g ist die Errichtung einzelner Anlagen planerisch ausgeschlossen. Das Ziel dient somit der Vermeidung von Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes, negative Auswirkungen auf die Schutzgüter sind nicht zu erwarten.

### **Schutzgut Luft und Klima und Wechselwirkungen**

Durch den Betrieb von Windenergie- und Freiflächenphotovoltaikanlagen wird umweltfreundlicher Strom erzeugt, da eine Freisetzung von CO<sub>2</sub> nicht stattfindet. Der weltweit steigende Anteil von CO<sub>2</sub> ist neben weiteren sogenannten Treibhausgasen (Methan (CH<sub>4</sub>), Distickstoffoxid (N<sub>2</sub>O), Fluorkohlenwasserstoffen (HFKW/HFC), perfluorierten Kohlenwasserstoffen (FKW/PFC), Schwefelhexafluorid (SF<sub>6</sub>)), in der Atmosphäre nach vorherrschenden wissenschaftlichen Erkenntnissen Mitverursacher für einen anthropogen verursachten globalen Temperaturanstieg. Die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung ist daher ein wesentlicher Bestandteil der klimapolitischen Maßnahmen zur Vermeidung oder Verminderung des globalen Temperaturanstieges und der damit verbundenen klimatischen Veränderungen (Klimawandel).

Zwischen dem Betrieb von Windenergie- und Photovoltaikanlagen und dem Schutzgut Luft und Klima besteht daher ein mittelbarer Wirkzusammenhang. Wechselbeziehungen ergeben sich durch den Einfluss von Klima und klimatischen Veränderungen insbesondere auf den Menschen, die Flora und Fauna, die biologische Vielfalt, Wasser und Boden.

Mit der vorliegenden Dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV werden die in der Ersten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV eingebrachten politischen Ziele im Leitbild „Nachhaltige Energieversorgung“, bis 2030

den verbrauchten Strom bilanziell zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu gewinnen, nicht mehr explizit genannt.

Darüber hinaus werden die politischen Vorgaben von Mindestflächenanteilen von zwei Prozent der Landesfläche und zwei Prozent der Waldfläche für die Windenergienutzung in den Grundsätzen G 163 a und G 163 c ebenfalls nicht mehr aufgeführt.

Durch diese redaktionellen Änderungen im Landesentwicklungsprogramm IV und den Verzicht auf die Nennung der Grundsätze hinsichtlich der Mindestflächenanteile für die Windenergie ergeben sich keine Änderungen der Bestrebungen des Landes, die Summe der Treibhausgasemissionen zu reduzieren und den Ausbau der erneuerbaren Energien am Strommix zu fördern.

Gemäß § 4 LKSG soll die Gesamtsumme der Treibhausgasemissionen in Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 Prozent im Vergleich zu den Gesamtemissionen im Jahr 1990 gesenkt werden. Bis zum Jahr 2050 wird die Klimaneutralität angestrebt, die Treibhausgasemissionen sollen jedoch um mindestens 90 Prozent im Vergleich zu den Gesamtemissionen im Jahr 1990 verringert werden. Die Minderungsbeiträge aus dem europäischen System für den Handel mit Treibhausgas-Emissionszertifikaten finden dabei entsprechende Berücksichtigung.

Die Erweiterung der Ausschlussstatbestände durch die Dritte Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV führt dazu, dass die Potenzialfläche für Windenergieanlagen in Rheinland-Pfalz verringert wird.

Es handelt sich bei den in Z 163 d genannten Ausschlussflächen um Flächen, die vielfach aufgrund der Ersten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV sowie fachgesetzlicher Vorgaben bereits nur sehr eingeschränkt für die Windenergienutzung infrage kommen und die entsprechende Genehmigungs- oder Befreiungsverfahren voraussetzen. Aufgrund der mit der Dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV verbundenen unmittelbaren Ausschlusswirkung entfällt die Möglichkeit einer Genehmigung für Windenergieanlagen, die im Einzelfall unter Beachtung von technischen Optimierungsmaßnahmen oder Kompensationsmaßnahmen eine Realisierung der genannten Anlagen durch die Fachgesetze ermöglicht.

Weitere Verluste an Potenzialflächen ergeben sich durch die Mindestabstände gemäß Z 163 h. Hier ist zu beachten, dass bei genehmigten Windenergieanlagen unterhalb der in Z 163 h genannten Siedlungsabstände oftmals nächtliche Abschaltzeiten oder der Einbau von zusätzlichen Einrichtungen zur Schalldämpfung zur Einhaltung der immissionsschutzrechtlichen Bestimmungen der TA Lärm vorgeschrieben sind. Dies kann zu einer eingeschränkten Auslastung der Windenergieanlagen führen.

Der Flächenverlust für die Windenergie aufgrund der Dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV ist daher nicht einem Potenzialflächenverlust von der Windenergie uneingeschränkt zur Verfügung stehenden Fläche gleichzusetzen.

Eine Bewertung, ob mit der Durchführung des Raumordnungsplans erhebliche Auswirkungen auf das Schutzgut Klima zu erwarten sind, wird hierdurch zumindest erschwert.

Gemäß § 5 LKSG kommen bei der Verwirklichung der Ziele nach § 4 LKSG (siehe oben) dem Schutz natürlicher Ressourcen, der Einsparung und effizienten Nutzung von Energie sowie dem Ausbau erneuerbarer Energien besondere Bedeutung zu.

Ob die Erweiterung der Ausschlussflächen und der Verzicht auf eine Vorgabe hinsichtlich auszuweisender Mindestflächen für die Windenergie im Rahmen der Dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV die Erreichung der Ziele des Landesklimaschutzgesetzes verzögern oder zu einer Beeinträchtigung des Schutzgutes Klima führen, ist daher im Zusammenhang mit den im Landesklimaschutzgesetz genannten Gesamtmaßnahmen zu sehen:

Direkte erhebliche Auswirkungen auf das Schutzgut Klima sind bei wirksamer Umsetzung aller vorgesehenen Maßnahmen wie dem Schutz natürlicher Ressourcen, der Einsparung und effizienten Nutzung von Energie sowie dem umweltverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien und damit auch der Windenergienutzung in den verbleibenden Räumen außerhalb der Ausschlussflächen nicht zu prognostizieren und damit ist eine Beeinträchtigung der Ziele des Landesklimaschutzgesetzes insgesamt nicht erkennbar. Der Überwachung eventueller nicht vorhersehbarer Auswirkungen auf die Ziele des § 4 LKSG dient das Monitoring gemäß § 7 LKSG.

### **Maßnahmen zur Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich negativer Umweltauswirkungen**

Mit der Umsetzung der Dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV ist eine Vermeidung von Beeinträchtigungen der Schutzgüter zu erwarten. Weitere Maßnahmen zur Verminderung oder zur Kompensation von Eingriffen im Sinne der Naturschutzgesetze sind nicht erforderlich.

### **Alternativen**

Die Vorgaben zur Dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV beruhen auf geänderten Zielvorgaben. Die energiepolitischen Ziele des Landes sehen einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien vor, gleichzeitig sollen aus Gründen des Natur-, Landschafts- und Kulturlandschaftsschutzes und zum Schutz der Menschen, in deren Wohnumfeld Windenergieanlagen geplant werden, die Flächen mit dem höchsten Konfliktpotenzial von Windenergieanlagen freigehalten werden. Hiermit soll auch die Akzeptanz der Energiewende gestärkt werden.

Diese doppelte Zielsetzung kann weder mit einem gänzlichen Verzicht auf Windenergie noch mit einem restriktionsfreien Ausbau der Windenergie erreicht werden. Bei beiden Null-Varianten handelt es sich daher nicht um realistische und vernünftige Alternativen, die im Rahmen der strategischen Umweltprüfung zu diskutieren sind.

In Betracht kommen realistische Alternativen, die die grundlegenden Ziele der beabsichtigten Planung im behördlichen Planungsraum rechtlich und praktisch erreichen können.

Eine Diskussion jeder Variante von Ausschlussstatbeständen und verschiedener Fördermaßnahmen im Detail und in Kombination untereinander und eine Bilanzierung hinsichtlich ihrer Wirkung auf die energiepolitischen Ziele ist zwar theoretisch denkbar,

aber sowohl aufgrund der oben ausgeführten Schwierigkeiten bei der Bewertung als auch der hohen Abstraktionsebene eines Landesentwicklungsprogramms praktisch nicht leistbar.

### **Ergebnis/Vergleich mit der Situation bei Nichtdurchführung**

Im Vergleich mit der bisher bestehenden Regelung des Landesentwicklungsprogramms IV bewirkt die unmittelbare Festlegung der genannten Ausschlussflächen auf Ebene der Landesplanung einen planerischen Ausschluss von aus Sicht des Natur- und Umweltschutzes (Immissionsschutz) sowie des Denkmalschutzes für die Nutzung der Windenergie nur eingeschränkt in Frage kommenden Flächen. Die Genehmigung von Windenergieanlagen innerhalb dieser Flächen ist in der bereits bisher geltenden Planungspraxis aufgrund der fachgesetzlichen Vorgaben mit der Überwindung hoher Hürden und der Erstellung aufwändiger Gutachten in den Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen und in der Flächennutzungsplanung verbunden. Die Dritte Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV trägt hier zur Planungssicherheit für Investoren und Kommunen gleichermaßen bei.

Dem Abschnitt IV FFH-Verträglichkeit werden folgende Absätze angefügt:

#### **Dritte Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV:**

Gemäß Ziel 163 d sind Windenergieanlagen in Natura 2000-Gebieten, für die die staatliche Vogelschutzwarte und das Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht im „Naturschutzfachlichen Rahmen zum Ausbau der Windenergienutzung in Rheinland-Pfalz“ ein sehr hohes Konfliktpotenzial mit Windenergieanlagen festgestellt hat, auszuschließen.

In diesen Natura 2000-Gebieten ist daher regelmäßig davon auszugehen, dass gemäß § 34 Abs. 2 BNatSchG die Prüfung der Verträglichkeit zu dem Ergebnis kommt, dass das Projekt zu erheblichen Beeinträchtigungen des Gebiets in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen kann und es somit unzulässig ist.

Die Dritte Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV dient der planerischen Sicherung der Erhaltungsziele oder Schutzzwecke der windkraftsensiblen FFH-Gebiete und europäischen Vogelschutzgebiete und somit dem Erhalt des europaweiten Natura 2000-Netzes.

Dem Abschnitt V Gesamtbetrachtung werden folgende Absätze angefügt:

In der Dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV werden direkt im Landesentwicklungsprogramm IV raumkonkrete Ausweisungen vorgenommen, die überwiegend der Vermeidung von Beeinträchtigungen der Schutzgüter dienen. Der Einfluss der Dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV auf die Gesamtbilanz der positiven und negativen Umweltauswirkungen wird als positiv eingeschätzt, da überwiegend Flächen planerisch gesichert werden, deren Nutzung zu negativen Umweltauswirkungen führen würde.

Ein negativer Einfluss auf die Entwicklung des Klimawandels oder das Schutzgut Klima ist nicht zu erkennen. Der Wegfall einzelner Anlagenstandorte wird sich auf das Ergebnis der summarischen Prüfung des Planes als Ganzes nicht auswirken.

Der Umweltbericht wurde nicht unter Verwendung spezieller technischer Verfahren erstellt. Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Unterlagen sind nicht aufgetreten.

Dem Abschnitt VI Überwachungsmaßnahmen wird folgender Absatz angefügt:

Das Erreichen der Klimaschutzziele darf nicht gefährdet werden. Aus diesem Grund besteht auch das Erfordernis eines themenbezogenen Monitorings im Sinne des Landesklimaschutzgesetzes.

Dem Abschnitt VII Allgemeinverständliche Zusammenfassung werden folgende Absätze angefügt:

Gegenstand der Dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV ist das Kapitel Erneuerbare Energien des Landesentwicklungsprogramms IV. Ziel ist es im Wesentlichen, unter Beachtung der energiepolitischen Ziele des Landes, die u. a. im Landesklimaschutzgesetz verankert sind, Nachsteuerungen überwiegend zur Windenergienutzung vorzunehmen. Diese umfassen die Erweiterung des bereits vorhandenen Kataloges von Ausschlussflächen, die Festlegung von Mindestabständen und weitere Regelungen, u. a. zum Repowering und zur Mindestanzahl von Windenergieanlagen an einem Standort.

Die Bewertung der erheblichen Auswirkungen für die einzelnen Schutzgüter unter Berücksichtigung von Wechselwirkungen und kumulativen Effekten kommt zu dem Ergebnis, dass Auswirkungen auf das Schutzgut Klima/Luft zu erwarten sind. Gründe hierfür sind vor allem die Flächenreduzierung der für die Windenergie zur Verfügung stehenden Potenzialflächen.

Für die weiteren Schutzgüter sind direkte negative Auswirkungen innerhalb der Ausschlusskulisse nicht zu erwarten, da hier der Betrieb von Windenergieanlagen nicht mehr zulässig ist. Auf den Bau und Betrieb von Windenergieanlagen außerhalb der im Landesentwicklungsprogramm IV genannten Ausschlusskulisse hat die Dritte Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV keinen Einfluss, sie sind daher nicht Inhalt des vorliegenden Umweltberichtes. Indirekte Auswirkungen auf die Schutzgüter können sich ergeben in Wechselwirkung mit dem Schutzgut Klima aufgrund der Einflüsse des Klimawandels.

Eine Bewertung der Erheblichkeit der Auswirkungen auf das Schutzgut Klima ist schwierig und mit Unsicherheiten behaftet. Gründe hierfür liegen vor allem in der Unsicherheit der Prognose über den Einfluss der Flächenreduzierung auf das Erreichen der energiepolitischen Ziele.

Der Umweltbericht kommt zu dem Ergebnis, dass in den Ausschlussgebieten aufgrund des bestehenden hohen Konfliktpotenzials mit der Windenergie bereits bei der vor

## LESEFASSUNG Mdl

### LEP IV Kap. Erneuerbare Energien nach Dritter Teilfortschreibung

Die Lesefassung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Richtigkeit; maßgeblich bleiben die im Gesetz- und Verordnungsblatt verkündeten Fassungen.

Durchführung der Dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV gängigen Planungspraxis Genehmigungen für Windenergieanlagen hier nur in Einzelfällen oder mit Auflagen erteilt wurden, die eine Auslastung der Anlagen einschränken.

Darüber hinaus ist das Erreichen der energiepolitischen Ziele des Landes und der Einfluss der Dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV auf das Schutzgut Klima im Gesamtzusammenhang mit einem Maßnahmenmix zu sehen, der auch Maßnahmen zur Energieeffizienz und Einsparpotenziale beinhaltet.

Eine erhebliche Auswirkung auf das Schutzgut Klima und die weiteren Schutzgüter durch die Dritte Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV wird daher nicht prognostiziert.

Um nicht vorhersehbare Auswirkungen auf das Schutzgut Klima zu beobachten, wird als Überwachungsmaßnahme ein Monitoring gemäß § 7 LKSG als erforderlich angesehen.“